



Presseschau vom 14.10.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.sputniknews.com: „Das Band, das Europa zusammenhält“: Allianz der Wunderkammern mit Russland

In Halle (Saale) ist unter Federführung der Franckeschen Stiftungen mit russischen Kollegen der Kunstkamera Zar Peters I. das Europäische Netzwerk Vormoderner Museen aus der Taufe gehoben worden: Ziel ist der Austausch zu aktuellen Fragen des musealen Umgangs mit „Wunderkammern“, die in Spätrenaissance und Barock auf Kuriositätenkabinette folgten. ...

<https://sptnkne.ws/DYdx>

Andrej Koz: Die Navy – Technisch höchstens Mittelmaß

Die größte maritime Streitmacht der Welt hat mehr als nur ein Problem. Ein Ausschuss der US-Marine hat dem Kongress über den Zustand amerikanischer Kampfschiffe berichtet: Die Flotte altert, die Einsatztauglichkeit der Schiffe sinkt, während die Ausgaben für den Unterhalt der Navy permanent steigen. ...

<https://sptnkne.ws/DYma>

Ilona Pfeffer: Revolution – und was nun? - Lage in Kirgistan bleibt unübersichtlich

Friedliche Machtwechsel sind in der zentralasiatischen Republik Kirgistan eher die Ausnahme. Auch nach den diesjährigen Parlamentswahlen brachen gewaltsame Proteste aus mit hunderten Verletzten und einem Todesopfer. Wie die Lage im Land ist und welche Folgen die Revolution haben könnte, hat Sputnik bei den kirgisischen Kollegen erfragt. ...

<https://sptnkne.ws/DYmf>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Norwegen wirft Russland Cyberattacke auf sein Parlament vor**
Die norwegische Regierung wirft Russland vor, hinter einem Hackerangriff auf das Parlament in Oslo im vergangenen August zu stehen. Die russische Botschaft in Oslo hat die Anschuldigungen bereits als „Provokation“ bezeichnet.

Wie die norwegische Außenministerin Ine Eriksen Søreide am Dienstag mitteilte, waren am 24. August die E-Mail-Konten mehrerer Abgeordneter und Mitarbeiter des norwegischen Parlaments gehackt worden. Russland stecke hinter dem Vorfall, behaupten die norwegischen Behörden mit Verweis auf die eigene Informationsgrundlage.

„Das ist ein schwerwiegender Vorfall, der unsere wichtigste demokratische Institution betrifft“, betonte Søreide. Ihr zufolge sei es wichtig, Russland zur Verantwortung zu ziehen. Die russische Botschaft in Oslo wartet nach eigenen Angaben auf eine Erklärung der norwegischen Behörden in Bezug auf die Vorwürfe, teilte die russische diplomatische Vertretung auf Facebook mit.

„Wir halten solche Anschuldigungen gegen unser Land für inakzeptabel. Wir betrachten den Vorfall als eine ernsthafte und bewusste Provokation, die sich nachteilig auf die bilateralen Beziehungen auswirkt“, so die russische Botschaft in Oslo.

Sie betonte, dass „Millionen von Cyber-Angriffen“ jährlich aus dem Ausland (einschließlich Norwegen) auf russische staatliche Internetressourcen verübt werden, aber dies „gibt nicht das Recht, die Behörden der Länder ihrer vermeintlichen Herkunft grundlos zu beschuldigen“.

Die russischen Behörden hatten westliche Vorwürfe von Cyberangriffen mehrfach zurückgewiesen. Unter anderem verwiesen Diplomaten auf fehlende Beweise gegen Moskau. „Wir erwarten Klarstellungen von norwegischer Seite“, hieß es aus der russischen diplomatischen Mission.

vormittags:

de.sputniknews.com: **Russische Verbraucherschutzbehörde erläutert, wie Körper auf „Sputnik V“-Impfstoff reagiert**

Durch den ersten selbst produzierten Coronavirus-Impfstoff sind in Russland keine ernsthaften Nebenwirkungen registriert worden. Das gab Alexander Gorelow, der stellvertretende Direktor für wissenschaftliche Arbeit am Epidemiologie-Forschungszentrum der russischen Verbraucherschutzbehörde (Rospotrebnadzor), bekannt.

„In Russland wurden nur lokale Reaktionen auf den ersten inländischen Impfstoff beobachtet, wobei keine ernsthaften Nebenwirkungen registriert wurden“, sagte Gorelow.

Bei der Entdeckung von Krankheiten oder ernsthaften Nebenwirkungen würde ihm zufolge bei Probanden eine Untersuchung durchgeführt, da die Registrierung aller Präparate nach einem streng festgelegten internationalen Protokoll erfolge.

Unter anderem betonte der Spezialist, dass man vor der Impfung gegen das Coronavirus seine Krankheiten nicht geheim halten dürfe.

„In dieser Etappe (von klinischen Tests – Anm. d. Red.) müssen gesunde Freiwillige ausgewählt werden, aber manchmal verheimlichen die Menschen ihre (gesundheitlichen) Situationen, alle Zusatzerkrankungen, die sie in ihrer Anamnese hatten“, erläuterte er.

Nach der Impfung kann es demnach trotzdem zu Temperaturerhöhung, Schwäche oder Schmerz an Injektionsstelle kommen. Das seien aber individuelle Reaktionen des Körpers. ...



https://cdn.de.sputniknews.com/img/07e4/0a/03/328065961_0:209:2897:1776_1000x080_0_1_73d568faa17dbc84797f744948fd6510.jpg

de.sputniknews.com: **Aserbaidsschan vernichtet „legitime Kriegsziele“ armenischer Streitkräfte**

Das aserbaidsschanische Militär hat nach eigenen Angaben Kriegsziele der armenischen Streitkräfte vernichtet, die aserbaidsschanische Zivilisten im Visier gehabt haben sollen. Demnach stationierte die armenische Seite gegen 01.00 Uhr Ortszeit am Mittwoch (gegen 23.00 Uhr MESZ am Dienstag) auf einer Abschussposition in der Zone, die an den „besetzten aserbaidsschanischen Bezirks Kälbäcär“ grenze, mehrere operativ-taktische Komplexe ballistischer Raketen.

„Diese Raketenkomplexe hatten die Zivilbevölkerung und die Infrastruktur in Gandscha, Mingätschewir und anderen Städten Aserbaidsschans im Visier“, heißt es in der Mitteilung des Verteidigungsministerium Aserbaidsschans.

Um einen Raketenangriff zu verhindern, habe die aserbaidsschanische Armee „vorbeugende Maßnahmen“ ergriffen.

„Infolgedessen wurden die in Gefechtsbereitschaft versetzten operativ-taktischen Raketenysteme als legitimes militärisches Ziel neutralisiert. Wir erklären, dass die gesamte Verantwortung für die Verschärfung der Situation beim militärischen und politischen Regime Armeniens liegt“, hieß es in der Mitteilung weiter.

Zuvor hatte die armenische Seite erklärt, dass sie den humanitären Waffenstillstand einhält und die Informationen über den Beschuss aserbaidsschanischer Regionen durch armenische Streitkräfte dementiert. ...

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 13. Oktober 2020 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.sputniknews.com: **„Wir sind zurück“: Russland in UN-Menschenrechtsrat gewählt – US-Außenministerium kommentiert**

Nach vier Jahren Pause ist Russland wieder zum Mitglied des UN-Menschenrechtsrates gewählt worden. Dies teilte die russische Mission bei der UN-Abteilung in Genf via Twitter mit.

Die russische Kandidatur wurde von 158 Ländern unterstützt.

„Wir sind zurück und zu einer konstruktiven Zusammenarbeit bereit“, hieß es in einem entsprechenden Twitter-Beitrag.

Insgesamt wurden 15 neue Mitglieder in das Gremium gewählt. Das sind Russland, China, Kuba, Bolivien, Frankreich, Gabun, Malawi, Mexiko, Nepal, Pakistan, der Senegal, die Elfenbeinküste, die Ukraine, Großbritannien und Usbekistan. Saudi-Arabien scheiterte

dagegen mit seiner Bewerbung.

Reaktion von US-Außenministerium

Der amerikanische Außenminister Mike Pompeo erklärte, dass die UN-Generalversammlung „erneut die Länder mit abscheulichen Kennzahlen im Menschenrechtsbereich, darunter China, Russland und Kuba“ gewählt habe. Er verwies darauf, dass im Jahre 2019 auch Venezuela gewählt worden sei.

„Die Wahl von China, Russland und Kuba in den UN-Menschenrechtsrat bestätigt die US-Entscheidung, 2018 den Rat zu verlassen und andere Verhandlungsorte zu nutzen, um die Menschenrechte zu schützen und zu fördern“, so Pompeo.

Russland nicht mehr in UN-Menschenrechtsrat gewählt

Russland war im Jahre 2016 nicht wieder in den UN-Menschenrechtsrat gewählt worden. Der damalige Vorsitzende des russischen Präsidentenrates für Menschenrechte, Michail Fedotow, erklärte: „Ich bedaure es sehr, dass Russland keinen Sitz im UN-Menschenrechtsrat bekommen hat, aber das ist nicht relevant für die Menschenrechtssituation im Land und betrifft nur die internationalen Beziehungen.

Der Menschenrechtsrat ist ein Unterorgan der UN-Generalversammlung. Er besteht aus 47 Mitgliedstaaten, die von der Generalversammlung mit absoluter Mehrheit für drei Jahre gewählt werden.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/0e/328163569_0:135:3072:1797_1000x080_0_1_8e9a0897fcd00621b9e9a420bade0f09.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 13. Oktober 3:00 Uhr bis 14. Oktober 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verstöße von Seiten der BFU 3.

Auf das Territorium der DVR wurden in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen geschossen:

Richtung Donezk: automatische Granatwerfer – 15 Granaten; großkalibrige Maschinengewehre – 1 mal.

Richtung Mariupol: automatische Granatwerfer – 2 Granaten; Schusswaffen – 1 mal.

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

Shabunki, Mineralnoje, Dsershinkoje.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 17.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 10.

de.sputniknews.com: Lawrow: **Friedenstruppen sollen in Bergkarabach zur Kontrolle der Waffenruhe stationiert werden**

Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat sich in einem Interview mit russischen Journalisten zur aktuellen Situation um Bergkarabach geäußert. Eine politische Regelung in der Region ist laut seinen Worten möglich.

Lawrow sagte unter anderem, dass eine Friedenstruppe in Bergkarabach stationiert werden soll, um die Waffenruhe kontrollieren zu können.

„In der ersten Etappe würden neben der Befreiung zweier Bezirke alle Kommunikationen, Wirtschaftsbeziehungen, Verkehrskontakte entsperret und die Friedenstruppen stationiert, die die Nichtwiederaufnahme von Kampfhandlungen sichern würden.“

Der Mechanismus sollte demnach jetzt an der faktischen Frontlinie greifen.

Laut Lawrow schließt Russland nicht aus, dass eigene Militärbeobachter Teil der Einhaltung einer Waffenruhe in Bergkarabach sein könnten. „(...) Wir denken, dass es völlig richtig wäre, wenn dies unsere Militärbeobachter wären.“ Die endgültige Entscheidung sollten ihm zufolge jedoch die Konfliktseiten treffen.

Lawrow informierte unter anderem die Journalisten, dass er sowie Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu und Präsident Wladimir Putin mehrmals ihre Kollegen in Baku und Jerewan kontaktiert haben. „Unsere Hauptschlussfolgerung lautet, dass es dennoch notwendig ist, sich unverzüglich auf der militärischen Ebene zu treffen und gerade diesen Mechanismus zur Kontrolle der Feuereinstellung zu vereinbaren, von dem in unserem Dokument die Rede ist (...)“

Politische Regelung möglich

Ferner sagte Russlands Außenminister:

„Natürlich ist eine politische Regelung möglich. Die Vorschläge, die die Co-Vorsitzenden erarbeiteten und weiter erarbeiten, bleiben auf dem Verhandlungstisch. Ihr Inhalt ist bereits bekannt: Das ist die Etappenweise kontinuierliche Befreiung der Bezirke rund um Karabach unter Wahrung der Sicherheitsgarantien und der Gewährleistung einer zuverlässigen Verbindung zwischen Armenien und Karabach, bevor der endgültige Status von Karabach bestimmt wird.“

Er fügte hierzu an: „Ich denke, dass jetzt diese bedauerlichen Ereignisse dabei helfen sollten, den politischen Prozess parallel zu einer Lösung der Sicherheitsfrage auf dem Boden der Frage der Sicherheit zu aktivieren.“

Russland mit türkischer Position nicht einverstanden

„Die Rolle der Türkei in Bergkarabach – ja, wir sind nicht mit der Position einverstanden, welche die Türkei verlauten ließ und die mehrmals auch der Präsident (Aserbaidshans – Anm. d. Red.) Alijew geäußert hat, das ist keinerlei Geheimnis.“ Laut Lawrow kann sich Russland nicht der Erklärung anschließen, dass auch eine militärische Lösung des Konflikts zulässig sei.

Am Dienstag gab Russlands Außenminister ein großes Interview mit drei Chefredakteuren verschiedener Medienportale: Margarita Simonjan von Sputnik und RT, Roman Babajan von „Goworit Moskwa“ und Wladimir Sungorkin von der Zeitung „Komsomolskaja Prawda“.

Lug-info.com: In der DVR sind am 13. Oktober um 9:00 Uhr 1243 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 904 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gab es 58 Todesfälle.

de.sputniknews.com: **EU einigt sich auf Ziele der Russland-Sanktionen im Fall Nawalny**

Die EU wird im Zusammenhang mit dem Fall des russischen Bloggers und Kreml-Kritikers Alexej Nawalny sechs Personen und eine Organisation aus Russland mit Sanktionen belegen. Darauf einigten sich Vertreter der EU-Staaten am Mittwoch in Brüssel, wie die Deutsche Presse-Agentur von Diplomaten erfuhr.

Die Strafmaßnahmen, die EU-Einreiseverbote und Vermögenssperren umfassen, sollen nun im schriftlichen Verfahren formell beschlossen werden. Sie könnten damit bereits in den kommenden Tagen in Kraft treten.

Bei den betroffenen Personen soll es sich nach Informationen aus EU-Kreisen unter anderem um Mitarbeiter des Sicherheitsapparates handeln. Als betroffene Organisation wird das staatliche Forschungsinstitut für organische Chemie und Technologie genannt.

Hauptinitiatoren der Sanktionen sind Deutschland und Frankreich. Sie begründeten den Schritt damit, dass Russland Aufforderungen zu einer lückenlosen Aufklärung der Tat bislang nicht nachgekommen sei. Bislang sei von Russland keine glaubhafte Erklärung zu dem grausamen Mordversuch geliefert worden, hatte es zuletzt in einer Erklärung von Maas und seinem französischen Kollegen Jean-Yves Le Drian geheißen. Daher sei man der Ansicht, „dass es keine andere plausible Erklärung für die Vergiftung von Herrn Nawalny gibt als eine russische Beteiligung und Verantwortung“.

Die Strafmaßnahmen sollen nach dem Vorschlag auf Einzelpersonen abzielen, „die aufgrund ihrer offiziellen Funktion als verantwortlich für dieses Verbrechen und den Bruch internationaler Rechtsnormen gelten, sowie auf eine Einrichtung, die in das Nowitschok-Programm eingebunden ist“.

„Propagandaangriff gegen Russland“

Moskau betrachtet die Äußerungen des deutschen Außenministers Heiko Maas zum Fall Nawalny am 7. Oktober im Bundestag als Teil eines „andauernden Propagandaangriffs gegen Russland“. Dies geht aus einer Erklärung des russischen Außenministeriums vom 10. Oktober hervor. Demnach sind die Aussagen von Maas, der bei der Regierungsbefragung den Abgeordneten Frage und Antwort stand, eine „weitere Reihe von Anschuldigungen, Drohungen und Unterstellungen“ gegen Russland.

Das russische Außenministerium erinnerte daran, dass die Generalstaatsanwaltschaft vier Anträge auf Rechtshilfe in der Situation mit Nawalny an die deutschen Behörden gerichtet habe, die jedoch ignoriert worden seien. Um ein Strafverfahren im diesem Fall einleiten zu können, müsse die Tatsache bestätigt werden, dass kriminelle Handlungen begangen wurden. Um entsprechende Verfahrensmaßnahmen starten zu können, seien die Untersuchungsergebnisse des Patienten erforderlich, die seine Vergiftung belegen würden. Die deutsche Seite weigere sich, diese an Russland zu übergeben, hieß es weiter.

OPCW-Bericht

Vor einigen Tagen hatte die OPCW bekanntgegeben, dass die in den biomedizinischen Proben von Nawalny gefundenen Substanzen nicht auf der Liste der verbotenen Substanzen stehen würden. Sie seien nach ihren Eigenschaften denen von Nowitschok ähnlich.

Experten zufolge bestätigten die Untersuchungsergebnisse, dass die beim Patienten identifizierten Biomarker des Cholinesterase-Hemmers ähnliche strukturelle Eigenschaften aufweisen wie die toxischen Chemikalien der Listen 1.A.14 und 1.A.15. Der OPCW-Bericht enthielt jedoch keine Erwähnung eines Nervenkampfstoffs.

Dennoch erklärte der britische Außenminister, Dominic Raab, dass sich aus seiner Sicht die Schlussfolgerungen der Organisation auf einen Nervenkampfstoff bezogen hätten. Er verwies erneut auf Londons Absicht, „Moskau (für den Vorfall mit Nawalny – Anm. d. Red.) zur Rechenschaft zu ziehen“.

Fall Nawalny

Der russische Blogger und Kremlkritiker Alexej Nawalny war am 20. August auf einem Inlandsflug zusammengebrochen. Er wurde zunächst in einem Omsker Krankenhaus behandelt und dort in ein künstliches Koma versetzt. Der 44-Jährige wurde später auf

Drängen seiner Familie in die Berliner Universitätsklinik Charité verlegt. Anfang September wurde Nawalny aus dem Koma geholt und bereits am 23. September aus der Berliner Charité entlassen.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/0e/328165176_0:46:3077:1711_1000x0_80_0_1_5ade711ee5d4d3f2962279ce9d668f42.jpg

de.sputniknews.com: **Sich vor der EU zu erniedrigen ist unter Würde Russlands – Lawrow**

Die wirtschaftlichen Interessen Russlands und der EU müssen erhalten bleiben. Es ist aber laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow unter der Würde Russlands, sich vor der EU zu erniedrigen.

„Die wirtschaftlichen Interessen müssen erhalten bleiben. Die Akteure der Wirtschaft müssen selber entscheiden, was für sie von Vorteil und was nicht ist. Ich denke aber, dass es unter unserer Würde ist, sich vor der EU zu erniedrigen“, sagte der Chefdiplomat am Mittwoch gegenüber den russischen Radiosendern „Sputnik“, „Komsomolskaja Prawda“ und „Goworit Moskwa“.

Laut Lawrow kann die Europäische Union vorläufig nicht mit der russophoben Minderheit zurechtkommen. Sie hindere an der Entwicklung der Beziehungen zu Russland.

Lawrow hat nach eigenen Worten am Dienstag mit dem EU-Chefdiplomaten Josep Borrell gesprochen, der als „erfahrener Mann vollkommen begreift, dass es ohne Russland sehr schwer ist, viele Fragen, die für die EU von Interesse sind, zu lösen“.

„Selbst der Instinkt, eigene Interessen zu sichern, muss Europa, das in der EU vereint ist, zur Partnerschaft mit Russland sowie dazu bewegen, mit Russland zusammenzuwirken. Meiner Meinung nach und von seiner Reaktion (von Borrell – Anm. d. Red.) auf einige meine Fragen her ist die Europäische Union vorläufig nicht imstande, mit der russophoben Minderheit zurechtkommen, die mit dem Prinzip des Konsenses, mit dem Prinzip der Solidarität spekuliert und mehr oder weniger konstruktive Herangehensweisen an die Entwicklung der Beziehungen zu Russland blockiert“, so Lawrow.

Es handele sich hierbei um Polen und die baltischen Länder.

Lawrow zu Entwicklungsaussichten der Beziehungen zur EU

Laut Lawrow werden die Beziehungen zwischen Russland und der EU in absehbarer Zeit kaum gut sein. Moskau sei aber immer bereit, sie auf gleichberechtigter Basis wiederaufzunehmen.

Derweil sieht die Politik der Europäischen Union laut dem russischen Chefdiplomaten nicht sehr optimistisch aus. Manchmal frage sich Russland, ob man mit der Europäischen Union generell zu tun haben könne.

„Bei uns entsteht dann die Frage nicht in Bezug darauf, ob das Geschäft, wie üblich, möglich ist, sondern in Bezug darauf, ob das Geschäft mit der Europäischen Union generell möglich

ist, die nicht einfach über die Schultern, sondern, ich würde sagen, Russland ziemlich arrogant betrachtet und von uns verlangt, über alle Sünden, die wir nach Ansicht der EU begangen haben, zu berichten“, setzte Lawrow fort.

„Ich denke, dass wir keine Rechenschaft ablegen müssen, weil wir erstens unsere eigene Verfassung und zweitens eigene Gesetze haben“, sagte er.

Antirussische Sanktionen

Die Beziehungen zwischen Russland und den westlichen Staaten hatten sich wegen der Situation in der Ukraine verschlechtert, wo sich Anfang 2014 ein Staatsstreich ereignet hatte, sowie aufgrund der Wiedervereinigung Russlands mit der Krim nach einem entsprechenden Referendum auf der Halbinsel, die bis dahin Teil der Ukraine gewesen war.

Die USA und die EU verhängten politische und wirtschaftliche Strafmaßnahmen gegen Russland. Moskau konterte mit einem Einfuhrverbot für eine ganze Reihe von Lebensmitteln aus den Ländern, die zuvor Sanktionen gegen Russland angewandt hatten, und ging zu einem Importersatz über.

Mzdnr.ru: Am 13. Oktober wurden in der DVR 86 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

Am 14. Oktober um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 4752 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

2169 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 2276 als gesund entlassen, es gibt 307 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 15 Personen nach zwei negativen Tests als gesund entlassen.

Außerdem gab es 14 Todesfälle – Männer im Alter von 56 bis 79 Jahren und Frauen im Alter von 56 bis 76 Jahren.

In den letzten 24 Stunden wurden 180 Fälle von Lungenentzündungen registriert, davon sind 79 ins Krankenhaus eingeliefert wurden. Insgesamt befinden sich 1539 Personen wegen Lungenentzündung in Behandlung, davon 360 mit Sauerstoffunterstützung (+31 in den letzten 24 Stunden).

de.sputniknews.com: Protestierende in Bischkek fordern Rücktritt des Präsidenten

Rund hundert Menschen haben sich vor dem Regierungsgebäude in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek versammelt, um den Rücktritt des Präsidenten zu fordern.

Vor dem Haupteingang des Regierungsgebäudes wurden Lautsprecher aufgestellt, zurzeit treten dort Aktivisten auf. Wie ein Teilnehmer der Aktion gegenüber Sputnik mitteilte, fordern die Demonstrierenden den Rücktritt des kirgisischen Präsidenten Sooronbai Dscheenbekow und die Ernennung von Sadyr Schaparow zum Premierminister.

Die Lage auf dem Platz vor dem Regierungsgebäude sei offenbar ruhig, teilte ein Sputnik-Reporter vor Ort mit. Es gebe keine Polizeibeamten, Krankenwagen oder Vertreter von Strafverfolgungsbehörden.

Die Arbeit im Regierungsgebäude gehe trotz der Kundgebung „ihren normalen Weg“, äußerte ein Sprecher der Administration.

Parlament ernennt Schaparow zum Premierminister

Inzwischen hat das kirgisische Parlament am Mittwoch der Kandidatur von Schaparow zugestimmt und die Besetzung der neuen Regierung sowie das Programm des neuen Kabinetts unter Premierminister Sadyr Schaparow einstimmig unterstützt. Der Parlamentsvorsitzende gratulierte Schaparow zur Ernennung zum Regierungschef.

Nun soll der Präsident Sooronbai Dscheenbekow die Ernennung von Schaparow per Dekret billigen. Sollte er das innerhalb von drei Tagen nicht tun, würde Schaparow automatisch als ernannter Premierminister gelten.

Zuvor hatte Schaparow behauptet, der Präsident habe in einem Gespräch mit ihm

versprochen, „innerhalb von zwei oder drei Tagen zurückzutreten, sobald die Regierung gebildet ist“.

Bereits am Samstag hatte die Mehrheitskoalition im Parlament die Kandidatur von Schaparow unterstützt. Allerdings weigerte sich der Präsident zunächst, sie zu billigen. Die Entscheidung des Parlaments sei rechtswidrig, da die Parlamentssitzung, in der der neue Premier ernannt worden sei, nicht beschlussfähig sei, argumentierte er.

Proteste nach Parlamentswahlen in Kirgisistan

In Kirgisistan war es am 5. Oktober zu Massenprotesten gegen die Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 4. Oktober gekommen. Die Demonstranten – Anhänger der Parteien, den Einzug ins Parlament nicht geschafft hatten – forderten in der Hauptstadt Bischkek und in anderen Städten, die Wahlergebnisse zu annullieren und Neuwahlen durchzuführen. Nach Zusammenstößen zwischen Protestierenden und Sicherheitskräften drangen Anhänger von Oppositionsparteien ins Parlamentsgebäude vor, in dem auch die Administration des Präsidenten ihren Sitz hat.

Bei den Zusammenstößen wurden mehr als 1200 Menschen verletzt, ein Mann kam ums Leben. Der kirgisische Premierminister Kubatbek Boronow trat zurück. Präsident Dscheenbekow befand sich nach Angaben seines Sprechers inzwischen in Bischkek und hatte die Situation unter Kontrolle.

Am vergangenen Freitag sind die Unruhen in Bischkek wieder entflammt. Auf dem zentralen Platz kam es zu Zusammenstößen zwischen den Anhängern und Gegnern von Sadyr Schaparow. Sieben Menschen wurden dabei verletzt.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/0e/328165098_0:199:3066:1857_1000x080_0_1_fbe472aa0b120caaaf55413e0dade1a.jpg

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Mit Ankara verbündete Hunderte syrische Kämpfer werden nach Bergkarabach verlegt- WSJ**

Hunderte Kämpfer aus Syrien, die mit der Türkei verbündet sind, haben sich den Kampfhandlungen zwischen Aserbajdschan und Armenien um Bergkarabach angeschlossen. Weitere Hunderte bereiten sich auf ihre Entsendung vor. Das teilte die Zeitung „Wall Street Journal“ unter Verweis auf zwei syrische Insider mit.

Wie ein Syrer, der an der Verlegung teilgenommen haben soll, gegenüber dem Blatt sagte, würden Kämpfer seit Mitte September in Gruppen von je 100 Mann in die Konfliktzone in Bergkarabach entsendet werden.

Laut dem zweiten Insider sind hunderte Kämpfer bereits nach Bergkarabach verlegt worden. Dutzende Extremisten seien aber wegen erbitterter Kämpfe zurückgekehrt.

Wie der Insider ferner mitteilte, erhalten Kämpfer bis zu 2000 US-Dollar (zirka 1700 Euro) monatlich für die Teilnahme an Kämpfen. Für das vom Krieg zerstörte Syrien sei das eine beträchtliche Summe. Es sei den Leuten schon egal, auf wessen Seite sie kämpfen, sie bräuchten nur Geld, so der Insider.

Die Zahl der Toten unter den syrischen Kämpfern wächst dem Insider zufolge sehr schnell, wobei rund 200 Mann bereits darum gebeten hätten, zurück gebracht zu werden.

Zudem teilte das Blatt unter Berufung auf zwei türkische Beamte mit, dass die Türkei in Aserbaidschan zweiwöchige Militärübungen organisiert und Angriffsdrohnen an dieses Land geliefert habe.

Zuvor hatte der französische Staatschef Emmanuel Macron mitgeteilt, dass Frankreich über Informationen verfüge, die darauf hindeuten, dass Mitglieder dschihadistischer Terrormilizen das Operationsgebiet in Syrien verlassen hätten, um sich an Kampfhandlungen in Bergkarabach zu beteiligen.

Der aserbaidchanische Präsident Ilham Alijew hat Frankreich dazu aufgefordert, sich für diese Behauptungen und Worte Macrons, dass Baku mit Terrormilizen zusammen agiere, zu entschuldigen.

Auch das russische Verteidigungsministerium hatte am Montag seine Besorgnis zum Ausdruck gebracht, dass gemeldet wurde, Kämpfer aus den im Nahen Osten aktiven Terrorgruppierungen seien in die Konfliktzone in Bergkarabach verlegt worden. ...

de.sputniknews.com: **Bergkarabach: Armenien meldet Abschuss von Su-25 – Baku dementiert**

In den andauernden Gefechten zwischen Armenien und Aserbaidschan sollen die Streitkräfte der international nicht anerkannten Republik Bergkarabach nach Angaben aus Jerewan einen aserbaidchanischen Kampfjet abgeschossen haben. Aserbaidschan weist diese Behauptung jedoch zurück.

Die Sprecherin der armenischen Armee, Schuschan Stepanjan, teilte am Mittwoch auf Facebook mit, dass die Luftabwehr von Bergkarabach ein aserbaidchanisches Bodenkampfflugzeug vom Typ Su-25 vom Himmel geholt habe.

Das Verteidigungsministerium Aserbaidschans wies das umgehend zurück: „Aserbaidschan setzt keine Luftwaffe ein und hat auch kein Su-25-Kampfflugzeug abheben lassen.“

Seit dem 12. Juli kommt es im Bergkarabach zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Armenien und Aserbaidschan, die mehrere Todesopfer gefordert haben. Beide Staaten, die sich seit dem Zerfall der Sowjetunion um die Region streiten, machen sich gegenseitig für die Eskalation verantwortlich.

Am 9. Oktober trafen die Außenminister von Armenien und Aserbaidschan auf Anregung und unter Vermittlung Russlands in Moskau zusammen. Bei den mehr als zehn Stunden langen Gesprächen einigten sich die Parteien auf einen Waffenstillstand sowie auf einen Gefangenen- und Gefallenenaustausch. Doch schon bald nach dem Inkrafttreten der Waffenruhe am 10. Oktober gab es auf beiden Seiten Verstöße.

Der russische Präsident Wladimir Putin und seine Amtskollegen aus den USA und Frankreich forderten ein Ende der Kämpfe und riefen Armenien und Aserbaidschan zu Verhandlungen ohne Vorbedingungen auf. Die Türkei sicherte Aserbaidschan in dem Konflikt Beistand zu.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 14.10.2020
In den letzten 24 Stunden, während der Arbeit der thematischen Untergruppen der dreiseitigen Kontaktgruppe, haben Kämpfer der BFU im Vorfeld der Sitzung der dreiseitigen Kontaktgruppe **drei Feuerprovokationen** durchgeführt.
In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 23. Bataillons der 56. Brigade der BFU auf Befehl

des Kriegsverbrechers Iwanow von den Positionen im Gebiet von Peski aus das Feuer mit einem automatischen Granatwerfer in Richtung **Shabunki** eröffnet. Insgesamt wurden 25 Granaten abgefeuert. Die genannte Feuerprovokation bringen wir mit dem Besuch des Kommandeurs der Bodentruppen Syrskij in der 56. Brigade in Verbindung, der die Positionen Selenskij's bezüglich des Friedensprozesses nicht teilt und dies nach wie vor offen demonstriert.

Von den Positionen des 1. Bataillons der 54. Brigade der BFU im Gebiet von Awdejewka wurde das Feuer mit Schusswaffen in Richtung **Mineralnoje** eröffnet.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade der BFU von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus mit Schusswaffen in Richtung **Dershinskoje** geschossen sowie zwei Granaten mit einem Unterlaufgranatwerfer abgefeuert. Die Materialien zu den Fällen von Beschuss wurden den Vertretern der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, übergeben sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR, um sie den Strafverfahren gegen die Kommandeure der 56. Panzergrenadierbrigade und der 36. Marineinfanteriebrigade hinzuzufügen.

Seit Beginn des heutigen Tages, unmittelbar vor der Sitzung der dreiseitigen Kontaktgruppe haben Kämpfer des 23. Bataillons der 56. Brigade der BFU in Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Waffenstillstands, der die Eröffnung des Feuers verbietet, von den Positionen im Gebiet von Peski aus das Feuer mit Schusswaffen in Richtung des **Volvo-Zentrums von Donezk** eröffnet. Strafruppen des 1. Bataillons der 54. Brigade haben von den Positionen im Gebiet von Awdejewka aus das Feuer mit einem Granatwerfer in Richtung **Jakowlewka** eröffnet und eine Granate abgefeuert. Außerdem wurde im Gebiet von Awdejewka die **Durchführung von technischen Arbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung der Positionen** durch Personal des 1. Bataillons der 54. Brigade der BFU festgestellt, was eine Verletzung des ersten Punkts der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Waffenstillstands ist, der die Veränderung der Ausgangspositionen der Truppen verbietet.

Das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ verletzt weiter den dritten Punkt der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feuereinstellung, wovon der Bericht der OSZE-Mission vom 13. Oktober 2020 zeugt, in dem Fälle der **Stationierung von Waffen und Militärtechnik in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium zum Ausdruck kommt.

So wurde festgestellt, dass ein Schützenpanzerwagen aus dem Bestand der 35.

Marineinfanteriebrigade in Nowobachmutowka stationiert wurde, in Schumy wurden zwei Schützenpanzerwagen bemerkt, ein weiterer Schützenpanzerwagen in Nikolajewka.

In Slawnowja wurde ein Schützenpanzerwagen und ein Schützenpanzer aus dem Bestand der 79. Luftsturmbrigade bemerkt.

Außerdem wurden fünf Soldaten der 53. mechanisierten Brigade auf den ehemaligen Positionen der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet des Trennungsabschnitts Petrowskoje festgestellt.

Im Zusammenhang mit der Entdeckung von Militärtechnik, die von Einheiten der BFU auf dem Gebiet von Ortschaften stationiert wurde, durch die OSZE-Mission hat der Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Sodal den Brigadekommandeuren die Anweisung gegeben, die Anstrengungen darauf zu konzentrieren, eine Entdeckung der Technik durch Beobachter der Mission zu verhindern.

In den letzten 24 Stunden hat unsere Aufklärung die Verlegung einer Station „Bukowel AD“ aus dem Bestand einer Kompanie für elektronische Kriegsführung der 36. Brigade auf der Strecke Pawlopol – Wodjanoje bemerkt, diese wird in dem genannten Gebiet zur **Blockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen der OSZE-Mission** eingesetzt werden.

Wir stellen weiter ein **Zunahme der an der Coronavirusinfektion Erkrankten unter den Soldaten** der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ fest.

In den letzten 24 Stunden wurde die Diagnose im 37. Panzergrenadierbataillon der 56. Panzergrenadierbrigade bei fünf Kämpfern bestätigt. Angesichts des Fehlens von Plätzen zur Unterbringung der Kranken, hat der Kommandeur der 56. Brigade Iwanow die Erfahrung des Brigadekommandeurs der 35. Marineinfanteriebrigade Palas übernommen und befohlen, eine Gruppe aus Kämpfern mit ersten Anzeichen der Erkrankung zu bilden, um sie für 14 Tage an die Frontpositionen zu schicken, um sie so von dem übrigen Personal zu isolieren, um eine Verbreitung der Infektion in den Einheiten zu verhindern.

Im Ergebnis von Tests des Personals der Leitung der 36. Marineinfanteriebrigade im Vorfeld der Festveranstaltungen zum „Tag des Verteidigers der Ukraine“ wurden 14 Fälle von „symptomloser“ Erkrankung mit der Coronavirusinfektion festgestellt. Derzeit sind alle Infizierten nicht isoliert und befinden sich weiter unter dem Personal. Die Informationen über die in der 36. Brigade entstandene Situation wurde dem Kommando der Sanitätskräfte der BFU nicht gemeldet.

de.sputniknews.com: **Wie „Tango alleine tanzen“: Kreml nimmt Stellung zu Mangel an Dialog mit EU**

Der Kreml spricht sich laut dem Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, für einen Dialog mit der EU aus.

„Im Kreml sieht man die Notwendigkeit und Nützlichkeit dieses Dialogs“, so Peskow am Dienstag vor Journalisten.

Er betonte, dass sich der Kreml immer konsequent für die Wiederaufnahme und Fortsetzung dieses konstruktiven, auf gegenseitigem Respekt beruhenden Dialogs ausgesprochen habe.

„Aber, mag es noch so banal sein, Tango kann man nicht allein tanzen“, so Peskow.

Ferner betonte er, dass Russland nicht der Initiator für die Reduzierung des Dialogs mit den westlichen Partnern in allen möglichen Richtungen gewesen sei. Russland sehe kein Verständnis für seine Versuche, „diesen Dialog wiederaufzunehmen, und es ist offensichtlich, dass Russland natürlich nicht bereit ist, auf ein solches Verhalten zu stoßen, auf das wir vor dem Hintergrund des Falls des Berliner Patienten (Alexej Nawalny – Anm. d. Red.) gestoßen sind.“

Peskow kommentiert Lawrows Erklärung

Journalisten baten Peskow, die frühere Aussage des russischen Außenministers Sergej Lawrow zu kommentieren, dass ein Stopp des Dialogs mit der EU nicht ausgeschlossen sei.

Der Kreml-Sprecher sagte, dass die Worte des Außenministers keiner zusätzlichen Kommentare bedürften. „Die Außenpolitik wird bei uns vom Staatschef entwickelt und formuliert (...), aber die Haupthände bei der Umsetzung dieser Außenpolitik sind eben das Außenministerium und der Außenminister.“

Hintergrund

Am Montag hatte Lawrow das Vorgehen westlicher Länder vor dem Hintergrund des Falls Nawalny kommentiert. Russland könnte laut dem Außenminister den Dialog mit der EU einstellen, falls Brüssel die Notwendigkeit eines „gegenseitig respektvollen Gesprächs“ nicht einsehe.

Am Dienstag war berichtet worden, dass die EU im Zusammenhang mit dem Fall des russischen Bloggers und Kreml-Kritikers Alexej Nawalny sechs Personen und eine Organisation aus Russland mit Sanktionen belegen werde. ...



https://cdn.de.sputniknews.com/img/32738/37/327383794_0:0:3110:1682_1000x0_80_0_1_7bbb657b0c7ec294617a0f42d0916d08.jpg

de.sputniknews.com: **Türkei dementiert Entsendung syrischer Kämpfer nach Karabach**

Die Türkei hat die Informationen über die Verlegung syrischer Kämpfer zur Teilnahme am militärischen Konflikt in Bergkarabach zurückgewiesen.

„Man behauptet, wir hätten Kämpfer aus Syrien (nach Karabach) geschickt. Es gibt kein solches Problem. Sie haben Geschäfte auf ihren eigenen Territorien, sie werden sich nicht dorthin begeben“, sagte Erdogan am Mittwoch in seiner Rede im türkischen Parlament. Zuvor hatte die US-Zeitung „Wall Street Journal“ berichtet, dass Hunderte mit der Türkei verbundene syrische Kämpfer sich an den Kampfhandlungen in Bergkarabach beteiligten, und Hunderte weitere bereiten sich auf die Entsendung vor. ...

Mil-Inr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij am 14. Oktober 2020**

In den letzten 24 Stunden wurden nach Angaben der Vertretung der LVR im GZKK **keine Feuerprovokationen** von Seiten des Gegners festgestellt. ...

Trotz des Fehlens von Feueraktivität von Seiten der BFU wurde eine Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen festgestellt – die **Stationierung von Waffen und Militärtechnik in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium.

So haben Kämpfer der 30. Brigade ein Abwehrgeschütz SU-23 und fünf Schützenpanzerwagen in unmittelbarer Nähe von Wohnhäusern in Popasnaja stationiert. Außerdem verminen Kämpfer des Kommandeurs der 30. Brigade Garas weitere Territorien und allgemeine Straßen und gefährden das Leben der Zivilbevölkerung und von OSZE-Beobachtern. Es wurden 220 Antipanzermine entdeckt, die in einigen Reihen an der Autostraße im Gebiet von Popasnaja installiert sind. ...

de.sputniknews.com: **Corona-Impfstoff von russischem „Vektor“-Zentrum registriert**

Der zweite russische Corona-Impfstoff, den das staatliche Wissenschaftszentrum für Virologie und Biotechnologie „Vektor“ entwickelt hat, ist laut dem russischen Präsidenten Wladimir Putin registriert worden.

Das Präparat, dessen Registrierung Putin am Dienstag in einer Sitzung mit den Regierungsmitgliedern bekannt gab, bezeichnete die russische Vize-Premierministerin Tatjana Golikowa als sicher. Die ersten 60.000 Dosen sollten bereits in nächster Zeit produziert werden.

„Und ‚Vektor‘ wird mit klinischen Nachregistrierungstests in unterschiedlichen Regionen Russlands unter Teilnahme von 40.000 Freiwilligen beginnen“, so Golikowa weiter.

Unter anderem plane das Zentrum klinische Studien unter 150 Menschen im Alter von mehr als 60 Jahren.

Putin fügte seinerseits hinzu, dass Golikowa und die Chefin der russischen Behörde für Verbraucherschutz, Anna Popowa, bereits mit dem neuen Impfstoff geimpft worden seien. Der Impfstoff von „Vektor“ ist bereits der zweite russische Corona-Impfstoff, der erfolgreich an Menschen erprobt und nun registriert wurde.

Putin rief dabei zur Vergrößerung der Produktion der beiden registrierten Impfstoffe auf. „Man muss natürlich vor allem den russischen Markt mit diesen Präparaten versorgen.“ ...



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/1e/328049301_0:0:3072:1662_1000x0_80_0_1_cfc612183fac0ea1093c567f9831f01c.jpg

de.sputniknews.com: **Putin: Russland zu vollständiger Wiederaufnahme von Wirtschaftsbeziehungen mit Ukraine bereit**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat Russlands Bereitschaft zu einer vollständigen Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen mit der Ukraine bekundet. Ein erster Vorschlag des Ministerkabinetts hierzu soll bereits vorliegen.

Putin sagte in einer Beratung mit dem Ministerkabinet, dass Russland immer bereit sei zu einer vollständigen Zusammenarbeit mit der Ukraine.

„Das Level und die Tiefe der Kooperation zwischen unseren Unternehmen war sehr hoch. Das brachte gegenseitigen Nutzen, Profit, trug zum Erhalt von Arbeitsplätzen bei und garantierte den Menschen würdige Löhne. Wir sind bereit, die vollständige Zusammenarbeit mit unseren ukrainischen Partnern wiederherzustellen“, sagte der russische Präsident.

Ferner begrüßte Putin den Vorschlag des russischen Premierministers Michail Mischustin, zwei ukrainischen Wirtschaftsunternehmen den Export nach Russland zu erlauben. An dieser Stelle betonte der Präsident, dass die Sanktionen nicht auf Initiative Moskaus eingeführt worden seien. „Alle Schritte von unserer Seite sind Gegenmaßnahmen“, fügte der Präsident hinzu und bezeichnete die eingebrachte Initiative als ersten Schritt und Zeichen des guten Willens.

Auch Mischustin äußerte hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der Ukraine Zuversicht und betonte, dass es nun auf ein Entgegenkommen vonseiten Kiews ankomme.

„Die Interessen unserer Hersteller werden in vollem Umfang berücksichtigt. Das Ministerium für Handel und Industrie hat sich mit dieser Frage ausführlich befasst. Wir werden nun sehen, wie unsere ukrainischen Kollegen auf unser Zeichen des guten Willens reagieren werden. In der Entwicklung unserer Wirtschaftsbeziehungen gehen wir künftig von der Einhaltung der Parität aus“, sagte Mischustin.

Die Beziehungen zwischen Moskau und Kiew hatten sich wegen der Situation in der Ukraine verschlechtert, wo es Anfang 2014 zu einem Staatsstreich gekommen war. Im selben Jahr fand im Rahmen eines Referendums der Beitritt der Krim zu Russland statt. Die Halbinsel hatte bis dahin zur Ukraine gehört. Die Ukraine, die EU und die USA verhängten daraufhin politische

und wirtschaftliche Strafmaßnahmen gegen Russland. Moskau konterte mit einem Einfuhrverbot für bestimmte Wirtschaftsprodukte aus den besagten Ländern.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/0e/328172713_0:12:3172:1728_1000x0_80_0_1_1a0095bb9466b294bed75f19aa97f163.jpg

de.sputniknews.com: **Jerewan bezichtigt Baku des Angriffes auf Hospital mit Zivilisten in Bergkarabach**

Die Sprecherin des armenischen Verteidigungsministeriums, Schuschan Stepanjan, hat am Mittwoch Aserbaidtschan vorgeworfen, ein Hospital im Nordosten von Bergkarabach, wo unter anderem Zivilisten behandelt werden, angegriffen zu haben. Dies ist ihr zufolge „ein ungetarntes Kriegsverbrechen“.

„Der Gegner verstößt weiter gegen die humanitäre Waffenruhe. Diesmal hat er eines der Hospitale, die sich im Nordosten der Berührungslinie befinden und wo auch Zivilisten behandelt werden, angegriffen“, sagte Stepanjan unter Verweis auf Angaben der Verteidigungsarmee.

Dieses Vorgehen Aserbaidtschans bezeichnete die Sprecherin als groben Verstoß gegen die Normen des humanitären Völkerrechts und des Gewohnheitsrechts, die verbieten, Waffen auf Hospitale und Orte, wo Verletzte behandelt werden, zu richten.

„Das ist bereits ein ungetarntes Kriegsverbrechen, wofür die militärisch-politische Führung Aserbaidtschans voll und ganz verantwortlich ist“, heißt es.

Zuvor am Mittwoch hatte die Sprecherin der armenischen Armee, Schuschan Stepanjan, mitgeteilt, dass die Luftabwehr von Bergkarabach ein aserbaidtschanisches Bodenkampfflugzeug vom Typ Su-25 abgeschossen habe. Aserbaidtschan weist diese Behauptung jedoch zurück. ...



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/1d/328021876_0:60:1601:925_1000x0_80_0_1_7b0ba0fe4691380e21ea51a9849ceffc.jpg

abends:

dan-news.info: Erläuterung des Gesundheitsministeriums zur Fragen der Entlassung von Personen mit COVID-19 (Verdacht auf COVID-19) sowie zur Entlassung zur Arbeit (Ausbildung) von Personen mit COVID-19 (Verdacht auf COVID-19)

Zum Zweck der rationellen Nutzung der vorhandenen Ressourcen des Gesundheitswesens und zur Gewährleistung einer rechtzeitigen Entlassung von Personen (darunter auch Kontaktpersonen), die sich in stationärer oder ambulanter Behandlung befinden, wurde auf Grundlage eines Erlasses des Gesundheitsministeriums der DVR die Taktik der Entlassung der genannten Kategorien von Bürgern geändert.

Die Entlassung von Personen, die sich in stationärer Behandlung in Krankenhäusern befinden, kann ohne Berücksichtigung des Ergebnisses eines PCR-Tests entsprechend der klinischen Erscheinungen der neuen Coronavirusinfektion erfolgen, deren Ausprägtheit es erlaubt, die Behandlungen ambulant unter Kontrolle medizinischer Mitarbeiter von Einrichtungen des Gesundheitswesens erster Ebene fortzusetzen, wenn es keine sozialen Gegenanzeigen gibt, nachdem eine Kontrolluntersuchung der Organe des Brustkorbs (Computertomographie oder Röntgenuntersuchung) erfolgt ist und die Entlassung des Patienten mit einem Facharzt für Infektionskrankheiten abgestimmt ist.

Eine Entlassung zur Arbeit (Ausbildung) von Personen mit COVID-19 (Verdacht auf COVID-19), die sich in ambulanter Behandlungen befinden, ist ohne Berücksichtigung der Ergebnisse eines PCR-Tests nach fünf Tagen ohne klinische Erscheinungen der neuen Coronavirusinfektion möglich, wenn eine Kontrolluntersuchung der Organe des Brustkorbs und eine Untersuchung des Patienten durch einen Facharzt für Infektionskrankheiten oder einen einen Allgemeinarzt erfolgt ist.

Eine Entlassung zur Arbeit (Ausbildung) von Personen, die Kontaktpersonen zu mit dem Coronavirus infizierten Personen sind und die sich in häuslicher Quarantäne befinden, kann nach 14 Tagen Quarantäne ohne Berücksichtigung der Ergebnisse eines PCR-Tests erfolgen, wenn keinen klinischen Erscheinungen der Coronavirusinfektion vorliegen.

Die Kriterien zur Entlassung wurden unter Berücksichtigung der epidemiologischen Sicherheit festgelegt, um eine Verbreitung der Coronavirusinfektion zu verhindern und unter Berücksichtigung der Daten über ein Ausscheiden des Virus aus dem Organismus. Es muss angemerkt werden, dass sich die Dauer der Infektionsperiode bei allen Virusatemwegserkrankungen, darunter auch bei der Coronavirusinfektion, durch die Dauer des Schleimhautentzündungssyndroms (ein Komplex von Symptomen, die sich bei einer ernsthaften Entzündung der Atemwege zeigt) bestimmt.

de.sputniknews.com: Lawrow nennt US-Aussagen über Einfrieren von Atomarsenalen „unsauber“

Die Aussagen des Abrüstungsbevollmächtigten des US-Präsidenten Donald Trump, Marshall Billingslea, über die angebliche russisch-amerikanische Einigung und die Bereitschaft der beiden Länder, die Atomarsenale einzufrieren, sind laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow unsauber.

„Ihr Vertreter hat kürzlich die Erklärung abgegeben: ‚Russland unterstützt uns und wir haben zur US-Präsidentschaftswahlen eine Einigung erzielt, dass wir alle Atomsprengköpfe einfrieren und Russland wirklich will, dass China sich dem anschließt.‘ Hören Sie, das ist unsauber“, sagte Lawrow in einem Interview mit den russischen Radiosendern „Sputnik“, „Komsomolskaja Prawda“ und „Goworit Moskwa“

Er machte darauf aufmerksam, dass die Vereinigten Staaten beim Abschluss des New-Start-Vertrags alle Atomsprengköpfe zählen und zu strengen Maßnahmen bei der Überprüfung der Umsetzung des Vertrags zurückkehren möchten. Außerdem wollen sie Russland zwingen, China zu überzeugen, sich an den Verhandlungen zu beteiligen.

„Wir sind immer davon ausgegangen, dass eine Vereinbarung im Bereich der strategischen Stabilität auf der Darstellung der Interessen jeder Vertragspartei, der Analyse der Bedrohungen, die die Gegenseite für Ihr Land darstellt, und der Suche nach einem Kompromiss <...> basieren muss“.

Dies setze in erster Linie natürlich die Trägermittel voraus, mit denen Atomsprengköpfe auf das Territorium voneinander gebracht werden können, sagte Lawrow.

Dem Minister zufolge haben die Vereinigten Staaten nun „alles auf den Kopf gestellt“ und wollen die Trägermittel zum Transport von Sprengköpfen aus den Verhandlungen herausnehmen, da „sie über eine Menge Mittel verfügen, über die derzeit nicht verhandelt wird“. Gleichzeitig sei Russland bereit, zwei neue von fünf entwickelten Waffentypen in den Rahmen des derzeitigen Vertrages aufzunehmen, betonte der russische Außenminister.

Lawrow fügte hinzu, dass Washington das Thema der Militarisierung des Weltraums nicht in die strategischen Sicherheitsgespräche aufgenommen hätte, „obwohl der Weltraum genauso wie der Cyberspace offiziell in ihren Lehren in die Arena der Kampfhandlungen einbezogen sind“. Der Minister wies darauf hin, dass Russland Washingtons Weigerung, sich dem Kernwaffenteststopp-Vertrag anzuschließen, im weiteren Dialog nicht unberücksichtigt bleiben könne.

Zuvor hatte der Sonderbeauftragte des US-Präsidenten für Rüstungskontrolle, Marshall Billingslea, während einer Diskussion bei der US-Denkfabrik „The Heritage Foundation“ erklärt, dass die USA bereit seien, den New-Start-Vertrag zu verlängern, falls Russland sein nukleares Arsenal einschränken oder einfrieren würde. Er hat versichert, Washington würde dasselbe tun. Russland bezeichnete den US-Vorschlag, taktische Waffen einzufrieren, als inakzeptabel.

Billingslea sagte auch, es sei notwendig, die Vereinbarungen zwischen Washington und Moskau über Rüstungskontrolle so zu formulieren, dass sie auf Peking ausgedehnt werden könnten. ...